

deutsche journalistinnen-
und journalisten-union
_presse**information**

dju. Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Medien, Journalismus und Film

Bundesgeschäftsleitung:

Monique Hofmann

Ansprechpartner:

Matthias von Fintel

Hausanschrift: Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Telefon: 0 30 / 6956-2320

Telefax: 0 30 / 6956-3657

E-mail: matthias.vonfintel@verdi.de

Datum: 24. November 2023

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: dju in ver.di fordert mehr Schutz für Frauen in den Medien

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen fordert die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di mehr Schutz für Frauen in den Medien. Eine gerade veröffentlichte Studie der Vereinten Nationen (UN) hat ergeben, dass weltweit 89.000 Frauen im Jahr 2022 getötet wurden, 55 Prozent davon durch einen Partner oder ein Familienmitglied. Renate Gensch, Mitglied des dju-Bundesvorstandes und des Gender Councils der Internationalen Journalist*innen Föderation (IJF): „Diese Zahlen machen fassungslos und zeigen wie weit wir von Gleichberechtigung weltweit entfernt sind. Auch in Deutschland 2022 waren von 239 Opfern 181 weiblich. Das heißt, bei uns wird jeden zweiten Tag eine Frau ermordet.“

Im vergangenen Jahr hatte die IJF eine Kampagne unter dem Motto gestartet: [#StopGBV - Online-Missbrauch: Wir müssen reden - IFJ](#) So hat im Journalismus laut einer Umfrage der IFJ rund die Hälfte der Frauen während der Arbeit schon einmal sexuelle Belästigung, psychischen Missbrauch, Online-Trolling und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt erlitten. Renate Gensch: „Diese Gewalttaten zielen darauf ab, Frauen in den Medien einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Ihre abschreckende Wirkung trägt dazu bei, Geschichten zu verhindern und der Öffentlichkeit Informationen vorzuenthalten, wodurch die Vielfalt der Berichterstattung und das Recht auf Zugang zu Informationen untergraben werden.“



Medien, Journalismus
und Film

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



deutsche journalistinnen-
und journalisten-union
_presseinformation

Gewalt und Belästigung seien Teil von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Medienarbeitgeber hätten die Pflicht, ein sicheres Arbeitsumfeld zu gewährleisten und funktionierende Mechanismen einzurichten, damit Frauen Übergriffe melden können und besser geschützt werden, so Gensch weiter. „Keine Journalistin sollte mit Gewalt konfrontiert sein und niemand sollte sich ihr alleine stellen müssen!“ Eine wichtige Forderung der dju, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, hat die Bundesregierung im April endlich umgesetzt: Mit einem Gesetz hat der Bundestag das IAO-Übereinkommen C190 über Belästigung und Gewalt in der Arbeitswelt ratifiziert.

Problematisch sei, dass insbesondere Fälle digitaler Gewalt häufig nicht gemeldet oder falls doch, nicht weiterverfolgt würden. Laut einer anderen IJF-Umfrage aus dem Jahr 2018 hat nur die Hälfte der Opfer von Gewalt im Netz die Angriffe ihrem Medienmanagement, ihrer Gewerkschaft oder der Polizei gemeldet. In zwei Dritteln der gemeldeten Fälle sei zudem nichts unternommen worden. „Nur, wenn Gewalt, ob physisch oder digital, auch Konsequenzen für die Täter*innen hat, können wir sie wirksam bekämpfen“, so Gensch. Sie appellierte an betroffene Frauen, Übergriffe jeglicher Art zu melden.

